

Liebe VLK-Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,

der Ausgang der Bundestagswahl hat doch viele von uns überrascht. Viele Liberale in Stadt und Land haben von einer schwarz-gelben Koalition in Berlin einerseits einen Aufschwung erwartet, der die Sozialausgaben durch die Verringerung der Arbeitslosenzahlen senkt, und andererseits eine Umgestaltung der deutschen Finanzverfassung erhofft, durch die die Kommunen letztlich besser ausgestattet werden und sich finanziell erholen können.

Können wir dieses von der großen Koalition erwarten? Oder kommt Druck, auch von den Großkoalitionären, auf die Kommune zu, wegfallende Aufgaben selbst zu finanzieren?

Die Gewerbesteuer scheint sich positiv zu entwickeln. Dieses reicht aber erstens nicht aus, die entstandenen Kassenkredite, eine „niedersächsische Krankheit“, abzubauen, und zweitens können davon Kommunen mit traditionsgemäß geringen Gewerbesteuereinnahmen kaum profitieren. Es bleibt bei dem Wunsch, eine Mehrheit im Bund zu organisieren, die ein grundlegendes neues Konzept unseres Steuersystems schafft unter Festschreibung eines umfassenden Konnexitätsprinzips.

Die niedersächsische FDP hat endlich ein lange verfolgtes Ziel durchsetzen können, die Neugestaltung des Gemeindefinanzrechts insbesondere des § 108 der NGO, wonach die Kommunen jetzt wirtschaftliche Unternehmungen nur errichten können, wenn sie die Aufgaben besser und wirtschaftlicher erledigen können. Die Umsetzung des am 10. November verabschiedeten Gesetzes wird wohl technisch vor Ort noch Fragen aufwerfen. Wir planen, auf einer VLK-Mitgliederversammlung am 18.2.2006 mit dem Präsidenten des niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes diese Fragen zu diskutieren.

Es grüßt Sie herzlich Ihr



Herbert Hotje (Landesvorsitzender VLK)



Einladung zur VLK- Mtgl.-Versammlung

Am Sonnabend, den 18.2.2006

von 10:30 - ca. 14:00 Uhr

wird die **VLK-Mitgliederversammlung 2006** in Hannover stattfinden.

Der Tagungsort ist der Landtag,

Raum 235, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1.

Prominente Gäste und Redner werden Herr Rainer Timmermann, neuer Präsident des Nds. Städte- und Gemeindebundes sowie unser Mitglied Herr Jörg Bode, MdL und kommunalpolitischer Sprecher der Niedersächsischen FDP-Landtagsfraktion sein.

Sie werden allgemein die finanzielle Situation der Kommunen und insbesondere die Änderungen im Gemeindefinanzrecht (§ 108 NGO) beleuchten. Außerdem steht ein Beschluss über Satzungsänderungen an.

Die Einladungen mit der genauen Tagesordnung werden Mitte Januar verschickt.

Anträge an die Mitgliederversammlung können bis spätestens zum 10.02.06 schriftlich dem Vorstand eingereicht werden. Im Anschluss an die Versammlung wird Gelegenheit sein, einen Blick in den Plenarsaal zu werfen und zu schauen, wo unsere FDP-Landtagsabgeordneten ihre Sitze haben.

Viele Grüße, Ursula Walter

Endlich Schlußstrich ziehen: Gemeindefinanzreform jetzt!

In Berlin muß jetzt endlich Schluß sein mit immer neuen zusätzlichen Belastungen für Städte und Gemeinden.

Durch die neuen Aufgaben der Kommunen, zum Beispiel das Recht auf einen Kindergartenplatz und der Zunahme der Sozialhilfeausgaben stehen die Gemeinden vor immer größeren finanziellen Problemen und Nöten. Die schlechte konjunkturelle Lage führt außerdem in vielen Städten und Gemeinden allein schon unweigerlich zu großen Mindereinnahmen. Trotz aller Anstrengungen bei der Wirtschaftsförderung ist es nahezu unmöglich geworden, den Kreis der Gewerbesteuerzahler zu vergrößern und die Einnahmen zu stabilisieren. Und Fakt ist außerdem: Eine Neuordnung der Gemeindefinanz darf auf keinen Fall eine Steuererhöhung für Unternehmer und Steuerzahler bedeuten.

Um dieser Gefahr entgegenzuwirken wäre es sinnvoll, die Einnahmen der Gemeinde auf zwei Ein-

kommensquellen zu beschränken: Einer neu einzuführenden Kommunalsteuer und einem höheren Anteil an der Umsatzsteuer. Die Gewerbesteuer sollte dafür komplett entfallen. Die Vorteile für dieses Einnahmesystem liegen auf der Hand: Zum

einen wird das Steuersystem vereinfacht und zum anderen ergibt sich so eine stetige, planbare Einnahmequelle.

Der Kommunalsteuersatz sollte von jeder Gemeinde selbst festgelegt werden. Im Artikel 25, Absatz

Fortsetzung auf Seite 2





Fortsetzung von Seite 2:

Endlich Schlußstrich ziehen ...

2, Grundgesetz: heißt es „... eine den Gemeinden mit Hebesatz zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.“) und diese könnte auf jeder Steuerkarte separat ausgewiesen werden. Dadurch würde ein höheres Interesse an der Kommunalpolitik gefördert. Eine Kontrolle der Ausgaben durch die Bürger und einen Rechtfertigungsdruck der Gemeinden bei Neuausgaben wäre dadurch sicher gestellt. Außerdem könnten durch die Gemeindefinanzreform sogar Kosten eingespart werden.

Die dringend notwendige Umstrukturierung der Gemeindefinanzen muß sowohl den Gemeinden als auch den Einwohnern endlich mehr Sicherheit und Qualität bei öffentlichen Einrichtungen und mehr Planungssicherheit und Transparenz im Finanzhaushalt bieten.

Liberaler Frauen Niedersachsen geben ihrer Arbeit neue Qualität

Ganz begeistert sind die Liberalen Frauen Niedersachsens von dem Ergebnis des Strategieseminars mit dem Strategieberater Peter Schröder in Zusammenarbeit mit der FNST- und RvB-Stiftung. „Wir haben uns ein großes Ziel gesetzt.

Als ersten Schritt werden wir eine Teilstrategie für den Kommunalwahlkampf 2006 erarbeiten. Gerade für Wählerinnen muss klar erkennbar sein, dass die Frauenorganisation der FDP sich – auch kommunalpolitisch gesehen - in liberaler Weise für die Beachtung der Wünsche und Interessen von Frauen einsetzt“, so die Vorsitzende Ursula Walter. Nach ihrem Work-Shop-Wochenende Anfang Januar wollen die Liberalen Frauen ihr Vorhaben dem FDP-Vorstand und den Gliederungen detailliert vorstellen und konkrete Wahlkampfunterstützung anbieten.

Interessierte Frauen sind herzlich aufgefordert, sich bei uns mit ihren Anliegen und Tipps zu melden. Die Liberalen Frauen freuen sich auf zahlreiche Mit- und Zusammenarbeit:

Tel.: 05151-88663

Fax: 05151-560455

cave-canem@t-online.de

www.liberaler-frauen-nds.de.

InfoKlick

Interview mit Dr. Schulze (FDP), Bürgermeister der Stadt Diepholz

Das Wahlsieggeheimnisse für's Bürgermeisteramt

Dr. Thomas Schulze (FDP) ist seit September 2005 erster hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Diepholz. Damit trägt er die Verantwortung für die Stadtverwaltung und ist Repräsentant der Stadt nach außen. In einem Interview hat er der Redaktion der Kompass sein Erfolgsrezept für einen deutlichen Wahlsieg verraten.



Dr. Schulzes Wahlkampftipps:

Drei strategische Wahlkampffragen:

1. Wer kann die Stadtverwaltung erfolgreich leiten?
 2. Wer kann Stadt und Bürger bei offiziellen Anlässen gebührend vertreten?
 3. Welches Klima der Zusammenarbeit brauchen wir für eine positive Entwicklung?
 - kleines schlagkräftiges Wahlkampfteam (max. 5 Personen)
 - auf Qualität im Marketing setzen
 - belastbarer familiärer Hintergrund
 - Nachbarschaftspartys (Möglichkeit den Kandidaten persönlich kennen zu lernen.)
- www.buergermeistertest.de (fundierter Online-Test mit Infos zum Bürgermeisteramt)

Redaktion Kompass: Was ist das Geheimnis Ihres Erfolges?

Dr. Schulze: Ich habe deutlich versucht zu vermitteln, dass es auf kommunaler Ebene darauf ankommt, zum einen fach- und sachkompetent zu sein und zum anderen offen für die Menschen zu sein.

Redaktion Kompass: Welche Voraussetzungen braucht ein Kandidat für den Wahlsieg?

Dr. Schulze: Nach meiner Einschätzung ist das eine mit in der Wirtschaft vergleichbare Führungsaufgabe. An diesem Maßstab kann man sich orientieren. Säge man sich selbst in der Lage ein Unternehmen mit 130 Mitarbeitern und einem Umsatz von 30 Millionen Euro zu führen. Man muss wie ein Unternehmer nachfrageorientiert denken. Welche Produkte biete ich eigentlich? Welche Servicequalität kann ich anbieten und in welchen Kostenstrukturen will ich arbeiten?

Redaktion Kompass: Wie überzeugt der Kandidat denn richtig?

Dr. Schulze: Im Wahlkampf habe ich den Menschen immer die gleichen drei Fragen gestellt (s. Dr. Schulzes Wahlkampftipps), auch auf meinem Werbematerial. Man muss mit dem Bürger keine akademischen Diskussionen führen. Auf kommunaler Ebene geht es nicht so sehr um parteipolitische Ideologien, sondern um ein Klima der Zusammenarbeit. Wie gehen wir wertschätzend miteinander um.

Redaktion Kompass: Haben Sie sich für den Wahlkampf auswärtige Unterstützung geholt?

Dr. Schulze: Das halte ich für ein ganz wichtiges Thema. Zum einen habe ich ein sehr, sehr gutes Wahlkampfteam gehabt. Ohne das, ist das gar nicht zu machen. Wobei man darauf achten sollte, dass das Team nicht zu groß ist. In Werbefragen habe ich mich ausdrücklich von Profis, von einer Werbeagentur, beraten lassen. In meinen Werbematerialien habe ich mich bewusst beschränkt, immer nach dem Prinzip, wir machen nur etwas, wenn wir von der Qualität überzeugt sind.

Redaktion Kompass: Was haben die Bürger für Erwartungen an ihren Bürgermeister?

Dr. Schulze: Sie erwarten, dass ihr Bürgermeister wirklich in der Lage ist einen offenen und ehrlichen Dialog zu führen. Also wirklich wertschöpfend. Die klassische Funktion - ich sitze im Rathaus und warte dass die Leute zu mir kommen, wenn sie ein Problem haben - das ist es nicht. Man muss raus, auf die Leute zugehen und die Problemlagen ansprechen.

Kurzporträt Dr. Schulze

Dr. Thomas Schulze, Volkswirt, Mittvierziger, verheiratet, Vater zweier Kinder, Vorsitzender eines Tourismusvereins, Trainer einer Jugendfußballmannschaft, seit 20 Jahren FDP-Mitglied, Wahlkampfverfahren und jetzt Fulltime-Bürgermeister.

Stichwortkatalog Kommunalwahlen

Der Stichwortkatalog der VLK ist auf Anforderung für Mitglieder und Nichtmitglieder bei Prof. Herbert Hotje erhältlich.

Tel.: 05 11 / 7 62 44 78

Fax: 05 11 / 7 62 54 90

E-Mail: herbert-hotje@vlk-nds.de